

## Vermerk

### **Stellungnahme zur Eingabe des Bürgers Frank Hemelt an den Rat der Stadt Rheine vom 20.03.2022**

Die Stadt Rheine verfolgt die veränderte Sicherheitslage und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen sehr genau.

Allerdings lassen sich auf kommunaler Ebene hieraus bisher keine konkreten Maßnahmen (Bau von Luftschutzbunkern etc.) ableiten.

Gegenwärtig wird beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ein gemeinsames Kompetenzzentrum „Bevölkerungsschutz“ aufgebaut.

Zurzeit lässt sich nicht abschätzen, welche Anforderungen von dort künftig an die kommunale Ebene gestellt werden und welche Ressourcen hierfür bereitgestellt werden.

Vor diesem Hintergrund halten wir es auch für ratsam keinen neuen Ausschuss für Zivilschutz einzurichten, bis auf Bundes- und Länderebene klare Aussagen zu den Befugnissen und Anforderungen für Kommunen gemacht werden. Hierzu gehören auch Fragen der personellen und finanziellen Auswirkungen.

Eingabe:

Anregung nach Paragraph 24 GO NRW: Öffentliche Schutzräume

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann,

ich rege nach Paragraph 24 GO NRW an, dass ab sofort, vor Beginn einer Planung, geprüft wird, ob im Zusammenhang mit der jeweiligen Hoch- und Tiefbaumassnahme auch öffentliche Schutzräume angelegt werden können.

Weiterhin rege ich nach Paragraph 24 GO NRW an, dass bei bereits begonnenen Massnahmen ein Umsetzungsstopp gemacht werden sollte, damit geprüft werden kann, ob nach dem gegenwärtigen Planungsstand noch die Realisierung von öffentlichen Schutzräumen im Zusammenhang mit dem Projekt möglich ist.

Zeigt eine Prüfung, dass grundsätzlich die Errichtung von öffentlichen Schutzräumen im Zusammenhang mit diesem Projekt möglich ist, ist zum Schutz der Zivilbevölkerung öffentlicher Schutzraum zu errichten.

Parallel rege ich nach Paragraph 24 GO ein Konzept für Zivilschutz für die Menschen in Rheine an und einen öffentlichen Fachauschuss mit beratender Kompetenz einzurichten (Ausschuss Zivilschutz).

Der Antrag wird damit begründet, dass anscheinend ein ausreichender Zivilschutz nicht gegeben ist, der Zivilschutz sich aktuell an neuen und geänderten Rahmenbedingungen orientieren muss, die Pflichtaufgabe keinen Aufschub duldet und oberste Priorität hat.

Mit freundlichen Grüßen